

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Anzeigers  
für das Erzgebirge  
am 26. Juli 1931

Veröffentlichung des Anzeigers  
für das Erzgebirge  
am 26. Juli 1931

Telegramme: Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 172

Sonntag, den 26. Juli 1931

26. Jahrgang

### Urteile über London

#### Die deutsch-französische Annäherung

Das Thema der französischen Presse Paris, 24. Juli. Auch in der heutigen französischen Presse kommt das schon gestern von ihr gefällte Urteil über das Ergebnis der Londoner Konferenz wieder zum Ausdruck. So wie der Außenpolitiker des "Matin" die deutsch-französische Beziehungen als das Leitmotiv der Schlußfassung hinstellt, machen sich auch die anderen Blätter diesen Gedanken für ihre abschließenden Betrachtungen zu eigen. Sauverain schreibt, es werde von niemandem bezweifelt, daß die deutsch-französische Annäherung schwierig sei. Dieses Werk, so fährt er fort, an dem seit Jahren mit allen Mitteln gearbeitet werde, werde jetzt von Laval mit der ihm eigenen Offenheit und Einfachheit fortgesetzt. Wenn auch Deutschland sich bewußt werde, daß es den Weg der Vernunft einzuschlagen habe, dann werde die Londoner Konferenz reiche Früchte tragen. Wenn die deutsch-französische Verständigung nicht überschritten hätten, erklärt "Journal", so sei dies daran gelegen, daß der Augenblick nicht gegeben sei, in dem von Garantien gesprochen werden könne. Fest steht aber, daß ebenso wie die französischen auch die deutschen Diplomaten eine Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern wünschten. "Echo de Paris" sieht und wünscht Verständigungsmöglichkeiten, die bis vor kurzem nur eine Chimäre gewesen wären, und auch "Avenir" erklärt, man könne sich beglückwünschen, daß die Beziehungen zwischen beiden einseitigen Regierungen besser geworden seien. "La République", das Blatt Daladiers, bezeichnet die Tatsache, daß die Vertreter Frankreichs und Deutschlands, von deren Einvernehmen die Ruhe der Welt abhängt, im Augenblick der Verständigung näher ständen als dem Konflikt, als das wichtigste Ergebnis der Londoner Konferenz, wenn auch sonst nichts Wesentliches erzielt worden sei.

Befestigten. Ein solcher Zustand sei unmöglich. Es müsse einmal daran erinnert werden, daß bisher nie die Folgen des Krieges über Jahrzehnte hinaus ungemindert geblieben seien. "Daily Herald" schreibt, nachdem die Konferenz alles Mögliche getan habe, müsse jetzt das Problem der Kriegsschulden und Reparationen ausgerollt werden. Die Krise müsse jetzt gelöst werden. Eine Wiederholung der Krise, sagt "Morning Post", sei vor Ablauf des Hoover-Jahres unvermeidlich, sobald nichts weiter geschehe. Die öffentliche Meinung Amerikas sei allerdings noch nicht reif für einen solchen Schritt. "News Chronicle" meint, die Gefahr eines sofortigen Zusammenbruchs Deutschlands sei zwar beseitigt, aber ihre dauernde Beseitigung liege im Interesse der ganzen Welt. "Financial News" erklärt, daß der Besuch des britischen Premierministers dem deutschen Volke die Versicherung geben solle, daß es mit dem guten Willen der britischen Regierung rechnen könne. "Financial Times" ist der Ansicht, daß die Gefahr einer Wiederaufnahme der Reparationszahlungen beseitigt werden müsse. Zwar werde die Meinung vertreten, daß nur ein baldiger Zusammenbruch Deutschlands zur Hilfsbereitschaft führen und die rein nationalen Erwägungen Frankreichs, die beinahe den Hooverplan scheitern ließe, beiseite schieben könnten. Die Regierungen hätten die von ihnen zu lösenden Aufgaben den Banken zugeschoben. Es sei daher zu hoffen, daß die Regierungen bald zu der Ansicht der Bankiers über Reparationen und Kriegsschulden bekehrt würden.

malen Zahlungsverkehr und hält die durch die Notverordnung getroffene Neuregelung, die für die Zeit vom 24. bis zum 28. Juli gilt, für unbefriedigend. Eine Diskontenerhöhung auf 25 Prozent kommt jedoch keineswegs in Frage, sondern die Erwägungen betreffen eine solche auf 15 Prozent. Selbstverständlich spielen auch die näheren Ergebnisse der Londoner Besprechungen, an denen bekanntlich ein Vertreter der Reichsbank teilgenommen hat, für die Beschlüsse der Reichsbank in dieser Hinsicht eine maßgebliche Rolle.

#### Eine kurze politische Pause

Berlin, 24. Juli. Wie wir erfahren, ist eine Ministerbesprechung, die für heute vormittag angesetzt war, wieder abgesetzt worden. Das Kabinett wartet jetzt die Rückkehr des Reichsfinanziers und des Reichsaußenministers ab, die in einer Sitzung morgen über das Berichteten werden, was in London noch neben der Konferenz besprochen worden ist. Dieser Bericht wird die Grundlage für die weiteren Maßnahmen bilden, mit denen die Reichsregierung sich nächste Woche beschäftigen wird. Bis zur Rückkehr der deutschen Delegation sind keine weiteren Entschlüsse des Kabinetts zu erwarten.

#### Für Selbsthilfe

Der Hauptvorstand der christlichen Gewerkschaften zur gegenwärtigen Lage Berlin, 24. Juli. Der Hauptvorstand der christlichen Gewerkschaften Deutschlands beschloß in seiner gestern in Berlin abgehaltenen Sitzung eine Erklärung, die u. a. besagt:

Die Verhandlungen der Staatsmänner haben gezeigt, daß das deutsche Volk und seine Wirtschaft hauptsächlich auf sich selbst angewiesen sind. Wir müssen und müssen deshalb schleunigst alle Mittel ergreifen, um die deutsche Wirtschaft und die staatliche Ordnung zu erhalten. Dazu ist notwendig,

1. die Bemühungen, über das Reparationsjahr hinaus zu weiteren außenpolitischen Entlastungen zu kommen, energisch weitergeführt werden,
2. die Reichsreform und die Verwaltungsreform nunmehr unverzüglich mit dem Ziele einer Vereinfachung und weitgehenden Vereinfachung in Angriff genommen und durchgeführt werden,
3. die Reichsregierung unnahezu vollständig die geflohenen Kapitalien zur Rückkehr zwingt,
4. die meist völlig unmotivierten Erhebungen bei den Geldinstituten aufhören und die abgehobenen Beträge schleunigst wieder eingezahlt werden,
5. das deutsche Bankwesen und gleichzeitig auch das Kartellwesen einer schärferen Aufsicht und Kontrolle unterstellt werden und insbesondere die Leitung der deutschen Reichsbank von ihren weitgehenden Machtbefugnissen gegenüber den Banken den entscheidendsten Gebrauch macht,
6. alsbald die längst notwendige Reform des Aktienrechtes vorgenommen wird,
7. die im Artikel 165 der Reichsverfassung vorgesehenen Wirtschaftskörper gebildet und insbesondere die bestehenden Wirtschaftskammern partiell zusammengeführt werden,
8. die drückendsten sozialen Bestimmungen der Notverordnung baldmöglichst geändert werden,
9. alle gesetzlichen Handhaben benutzt werden, um die Ruhe und Ordnung im Innern aufrechtzuerhalten.

#### Die englische Presse zu dem Ergebnis der Londoner Konferenz

London, 24. Juli. Die Londoner Zeitungen befassen sich heute ausführlich mit den Ergebnissen der Londoner Konferenz und erörtern die Maßnahmen, die zur Stabilisierung der Wirtschaftslage Deutschlands noch zu ergreifen bleibe. "Times" sagt, daß eine Konferenz nur dann bedeutende Ergebnisse zeitigen könne, wenn die Teilnehmer sich vorher über die Hauptrichtlinien der zu treffenden Vereinbarungen geeinigt haben; in dieser Hinsicht trage die britische Regierung aber einen Teil ihrer Verantwortung für die bescheidenen Ergebnisse der Konferenz. Die Probleme, Minderung der Kriegsschulden und Revision der Verträge, wären bereits der Lösung nähergebracht worden, wenn nur die Bereitschaft erklärt worden wäre, sie zu erwägen. Konkrete Ergebnisse seien immer noch durch eine Zusammenarbeit zwischen Dr. Brüning und Laval möglich. Obwohl seit Kriegsende mehr als zwölf Jahre vergangen sind, seien die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland in mancher Hinsicht immer noch die des Siegers und des

#### Frankreich und die englisch-deutsch-amerikanischen Besprechungen

London, 24. Juli. Der diplomatische Korrespondent des "Daily Telegraph" schreibt: Die Franzosen sind zwar der Ansicht, daß die angelsächsischen Mächte niemals sagen werden, Deutschland ohne französische Beteiligung neue Kredite zu gewähren, gleichzeitig aber war gestern eine Nervosität in französischen Kreisen erkennbar, als bekannt wurde, daß Stimson sofort nach Berlin geht und daß Mellon Besprechungen mit Brüning und Curtius hatte. Da über dies noch Macdonald und Henderson nach Deutschland gehen werden, beginnen die Franzosen, Mutmaßungen über die eventuellen Ergebnisse dieser Besprechungen anzustellen. Der Korrespondent fährt fort: Die erfreulichste Seite der Konferenz war die Uebereinstimmung der amerikanischen und britischen Ansichten über die bezüglich Deutschland zu befolgende Politik. Niemals zuvor hat auf einer internationalen Konferenz eine amerikanische Delegation so aktiv und vorbehaltlos mit den Engländern zusammengearbeitet. Es verlautet, daß die Japaner Hilfe bei Maßnahmen zur Wiederherstellung der deutschen Finanzen in Aussicht gestellt hätten; einige der Empfehlungen der Konferenz würden zu bedeutsamen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen führen.

#### Die Finanzierung der Erntebewegung

Berlin, 24. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: Die unter Leitung des Reichsernährungsministers mit der Reichsbank, den zentralen landwirtschaftlichen Kreditinstituten und den Vertretern der Landwirtschaft geführten Verhandlungen haben folgendes Ergebnis gehabt: Die Reichsbank hat sich bereit erklärt, den zur Finanzierung der Erntebewegung nötigen Kreditkontingent für die Mühlen und die Getreidehändler zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus wird sie über die Rentenbankkreditanstalt zusätzlichen Kreditkontingentmöglichkeiten, insbesondere auch für die Warenengossenschaften, gewähren, um so die Finanzierung der Getreidebewegung sicherzustellen. Dieses Eingreifen der Reichsbank eröffnet den Weg für eine geordnete Abwicklung des Getreide- und Mehlverkehrs.

praktischen Entscheidung erst dann gebracht werden, wenn der Zahlungsverkehr weitestgehend gelockert und der normale Verkehr der Banken wiederhergestellt ist. Ein großer Teil der Institute ist für eine schnelle Rückkehr zum nor-

#### Neue Heraussetzung des Diskontsatzes?

Berlin, 24. Juli. Die von verschiedenen Seiten gebrachten Nachrichten, wonach in den nächsten Tagen eine Heraussetzung des Reichsbankdiskontsatzes von 10 auf 25 Prozent erfolgen wird, entsprechen nicht den Tatsachen. Man sieht an maßgebender Stelle auf dem Standpunkt, daß eine Diskontmaßnahme, solange der Zahlungsverkehr in der gebundenen Form aufrechterhalten bleibt, praktisch ohne Wirkung ist. Die Frage einer weiteren Heraussetzung des Diskontsatzes, die wohl zur Erörterung steht, kann zu einer

#### Vor Luthers Rücktritt? Der Kurs der Reichsbank

Berlin, 24. Juli. Nachdem in den letzten Tagen in der Öffentlichkeit immer häufigere Kritik an den Maßnahmen des Reichsbankpräsidenten Dr. Luthers geübt worden ist, nachdem große Blätter wie die "Adlonische" und die "Frankfurter Zeitung" beinahe Tag für Tag eine andere Politik der Reichsbank gefordert haben und nachdem auch die dem Kanzler nahestehende "Germania" sich in die Reihe der Kritiker des Reichsbankpräsidenten gestellt hat, ist die Frage, welchen Kurs die Reichsbank nunmehr nehmen wird und ob sie weiterhin unter der Leitung des jetzigen Präsidenten Dr. Luthers bleiben kann, fast in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion gerückt.

Die Angriffe gegen den Reichsbankpräsidenten Dr. Luthers sind immer schärfer geworden, und es kann daher nicht überraschen, daß heute der "Börsenkurier" in einem sensationell wirkenden Artikel unter der Überschrift:

"Abschied von Dr. Luthers" alles einmal offen ausspricht, was in diesen Tagen zum größten Teil in mehr oder minder verhüllten Andeutungen vorgetragen worden ist. Das Blatt fordert rühmend den Rück-

tritt Luthers vom Reichsbankdirektorium und schlägt zugleich vor, die außergewöhnliche Arbeitskraft des jetzigen Reichsbankpräsidenten auf einem anderen hervorragenden Posten politischer Art nutzbar zu machen. Die Forderungen, die der "Börsenkurier" in diesem Zusammenhang erhebt, gehen dahin, daß ein eifriger Zusammenschluß aller Großbanken unter dem festen Griff des Reichsbankpräsidenten zustande gebracht werden müsse, der jedes widersprechende Institut mit der ernstgemeinten Drohung zur Reue bringen könnte, daß es dann sofort von der Diskontstelle gestrichen werde. Ferner verlangt der "Börsenkurier" die Bildung eines Stabskontingents. Das Blatt betont, solange noch die Verhandlungen in Paris und London schweben, habe man die Dinge noch nicht beim richtigen Namen nennen können. Heute sei es jedoch Pflicht, auszusprechen, was ist, damit man Unangenehmes vermeiden könne.

Die tragische, unzulängliche Vorarbeit des Reichsbankpräsidenten sei der Grund gewesen, daß der deutsche Reichskongress aus Paris und London mit leeren Händen zurückkehrte. Wenn die internationalen Sachleute zur Prüfung der Lage hin-